

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Bestellgebühr monatlich 2,00 M., bei Zustellung unter Straßband 4,20 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Gesprächspartner: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Anzeigen werden in der ersten Spalte des ersten Blattes oder dem Raum 60 Pf. „Klein-Anzeigen“ bis Freitagabend 10 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 10 Prozent. Familien- und Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interessenten für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Gesprächspartner: Amt Norden 9769

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die deutsche Antwort.

## Zwei Noten an Clemenceau.

Verfaillés, 9. Mai

Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, hat heute abend folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Verfaillés, 9. Mai 1919

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist; sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrückliche dem deutschen Volk und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für ein Volk untragbar sind. Vieles ist außerdem noch unklar, unser Sachverständigen unerkennbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Rat der im einzelnen erörterten und abklärten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Verlangen fortlaufend zugehen lassen.

Verfaillés, 9. Mai 1919

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation wendet sich zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie auf ein deutsches Programm übertrifft, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich einseitig zum Entwurf der assoziierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

## Sitzung der Friedensdelegation.

Verfaillés, 9. Mai

Heute abend hat unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau eine weitere Sitzung der Friedensdelegation stattgefunden. In deren Verlauf die von den Kommissionsmitgliedern während des heutigen Tages gefassten Beschlüsse bekanntgegeben und einstimmig gebilligt worden sind. Die Sitzung dauerte eine Stunde.

## Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Verfaillés, 9. Mai

Wie „Journal“ berichtet, haben die Alliierten für die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge folgendes Verfahren angenommen: Die deutschen Vorschläge werden zunächst den Ausschüssen überwiesen. Diese werden ihre Schlussfolgerungen formulieren und an den Rat der Vier senden, der darüber entscheidet, inwieweit den Schlussfolgerungen stattgegeben werden soll. Auf keinen Fall kann die Erörterung verlängert werden, und die Deutschen werden die letzten Beschlüsse der Sieger schnell anzunehmen haben.

## Stimmen der sozialistischen Auslandspresse.

Ein Beitrag des „Populaire“ trägt die Überschrift: „Ein Frieden der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit“. Das Blatt führt aus, daß es sich um einen ausgesetzten Frieden handelt. Man habe die Verträge von Vrest-Litowsk und Vrest-Litowsk auf, welche aber in der Uebersetzung von Vrest-Litowsk und Vrest-Litowsk. Sembrat führt in der „Gazette“ aus, daß ein europäisches Unheil entstehen werde, wenn die Deutschen den Frieden nicht unterzeichnen. Die Franzosen würden nicht mehr kämpfen; für das französische Volk sei der Krieg beendet. Der Vankrott des Besiegten sei auch ein Vankrott des Siegers. Das Kriegsgewinn mußte verschwinden und die Welt wieder an die Arbeit gehen. Auch die „Gumanité“ nennt den Frieden einen Gewaltfrieden. Er sei nicht ein Völkerfrieden sondern der Frieden dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Der Krieg sei von drei Kaisern angefangen und durch drei Autokraten beendet worden. Aber die Völker bleiben im Schottel, nachdem sie im Blut gewatet haben. Nur eine internationale Organisation der Arbeiter könne einen neuen Frieden ermöglichen.

Der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ erklärt, daß der Friedensvertrag mit Wilson 14 Punkten nicht viel mehr zu tun habe. Der Entwurf sei weder moralisch noch klug. Diese Friedensbedingungen könnten bewirken, daß eine Regierung, die sie unterzeichnet, hinweggesetzt werde und alle Schranken für die Bildung eines Bolschewismus eröffnet würden, der wieder zu einer furchtbaren Reaktion führen könnte.

Die Volksstimme in Budapest sagt: Nach diesem Diktat wird das deutsche Volk nicht mehr geneigt sein, sich im Interesse der Entente als Bollwerk gegen den Bolschewismus gebrauchen zu lassen. Um die Haltung unserer Genossen in den Ententeländern ist uns nicht bange. Zu viel haben sie unter dem schweren Druck des kapitalistischen Systems gelitten, als daß diese letzte Orgie der dem Untergang geweihten Gesellschaft ihnen nicht die Augen öffnen würde über das Schicksal, das sie dem Weltproletariat zu bereiten sich anschickt.

## Nicht legitimiert!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich in einem Aufruf an die Sozialisten aller Länder, damit die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erhebe, daß in den siegreichen Ländern die Machthaber von heute auf sie hören müssen.

Die Internationale hat auf den Appell derer, die sie am schmachlichsten und seigsten verraten haben, nicht erst gewartet und es ist eine geschmacklose Ueberhebung derjenigen, deren Kriegspolitik die Internationale gebrannt, den Krieg verlängert und die Größe des Unglücks vermehrt hat, die Internationale an ihre Pflicht erinnern zu wollen.

Wo war denn dieser elende Vorstand, als es galt, Protest zu erheben gegen den Frieden von Vrest-Litowsk und Bukarest, die noch schlimmer waren, als der Verfaillés-Friede? Da haben sie geschwiegen oder sogar noch zugestimmt und wenn Deutschland heute siegreich wäre, so würde der Gewaltfrieden, den es dann diktiert hätte, im besten Fall einen lahmen Protest dieses Vorstandes ausgelöst haben, falls nicht seine Leute in der Regierung geblieben und die Annahme empfohlen hätten.

Diese Leute sollen ich weigern, denn wenn sie reden, wenn die Scheidemann und Noske, die Landsberg und David reden, dann muß das auf wahre Sozialisten und Internationale als auspeitschende Provokation wirken. Die Fehler der deutschen imperialistischen Raubpolitik, die Nationalisten und Sozialimperialisten, haben ein für alle mal das Recht verscherzt, sich an die Internationale zu wenden.

Und wenn sie heute noch die Frage zu stellen wagen, ob die Sozialisten der andern Länder ihre Haltung der „Landesverteidigung“ verstehen, die durch den Sieg des Ententeimperialismus gerechtfertigt sei, so zeigt die Frage nur, daß es verstockte Säuer sind, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. An der Größe der Katastrophe ist die Haltung der Rechtssozialisten schuld, denn nur sie ermöglichte die endlose Fortsetzung des Krieges bis zum völligen Niederbruch und ihre schmachliche innere und äußere Politik seit dem 9. November verhinderte es, daß Deutschland in der Not Freunde und Helfer erländen. Wenn sie meinen, an der jetzt aufkommenden nationalen Erregung ihr erkaltendes Parteiflüßchen wärmen zu können, anzüglich lauernd, ob sie als Bringer des Friedens oder als Rühmnießer einer nationalen Verweisslungspolitik besser abschneiden, so täuschen sie sich. Aus dieser Katastrophe werden auch diese Bielgewandten nicht heil herauskommen.

## Die Adriafage.

Verfaillés, 9. Mai

Das Komitee der fünf Minister des Außerordentlichen regelte gestern die ungarischen Grenzen. Alle Ausdrucksbeschlüsse wurden gutgeheißen. Heute sollen die österreichischen Grenzen geregelt werden. Die Adriafage ist immer noch in der Schwebe, der Rat der Vier hat gestern diese Beratungen wieder aufgenommen. Der Fall ist sehr heikel. Orlando und Sonnino sind nach Paris zurückgekommen unter dem Eindruck, daß die Frage von Trieste durch ein Kompromiß geregelt werde, das Italien den Besitz Triestes nach einer Frist sichere, während den die Stadt von der Gesellschaft der Nationen verwaltet werde. Wilson hat dieses Kompromiß nicht angenommen.

## Darf man den Diktatfrieden von Verfaillés unterschreiben?

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Durch die gesamte bürgerliche Presse geht ein Schrei des Entsetzens ob der harten Bedingungen des Diktatfriedens von Verfaillés. Vom bürgerlichen Standpunkt aus mit vollem Recht. Für ein bürgerlich-individualistisch-kapitalistisches Deutschland bedeutet dieser Friede den Tod. Ein bürgerliches Deutschland, dem man 18 Prozent seines Bodens, 35 Prozent seiner Kohlenproduktion raubt, das nur noch für ein Zehntel seiner früheren Eisenproduktion Eisen im Ausland hat, das trotzdem 88 Prozent seiner früheren Bevölkerung auf seiner verringerten Scholle ernähren soll, bereits in zwei Jahren 20 Milliarden Mark Gold = 55 Milliarden nach heutigem Kurs bezahlen, neun Zehntel seiner Schiffstonnage ausliefern soll (das verbleibende ein Zehntel reicht für die Küstenfahrtschiffahrt, 4 Zehntel für die Ostseefahrt), ein solches bürgerliches Deutschland ist nicht lebensfähig. Und man täusche sich ja nicht: es ist nichts mit den Reden von einem bürgerlichen Deutschland. Denn um solche Ideen in der Zukunft durchzuführen, müßte man Freunde unter anderen Völkern haben. Die Erhebung von 1813 war möglich, weil Rußland und Oesterreich Deutschland den Rücken stärkten. Auf dem konnte daher Leipzig folgen. Auf einen bürgerlichen Weltfrieden von Verfaillés folgt kein bürgerlicher Sieg. Sodann! Von wem soll denn ein bürgerliches Deutschland gegen die Entente Hilfe erwarten? Etwa von Großrußland, dem die deutsche Regierung Anfang Dezember 1917 etwel Gerechtigkeitstribunal verhielt, nachher den Gewaltfrieden von Vrest diktierte? Einer Ukraine, mit dem der deutsche Militarismus in Vrest Frieden schloß, um nachher die ukrainische Regierung ins Gefängnis zu stecken und im ganzen Lande eine Gewalt Herrschaft aufzurichten? Einem Baltikum, einem Litauen, dessen Bauern ihren Besitz zur Hälfte verlieren sollten? Ein feindliches Polen im Osten, keine freundliche Großmacht Oesterreich als Rückendeckung im Südosten, sondern einen feindlichen schweißigen Staat! Gewiß — einem bürgerlichen Frankreich wäre das bürgerliche Deutschland, was die Bevölkerung und militärische Leistungsfähigkeit anlangt, immer noch erheblich überlegen. Denn Frankreich dürfte trotz der Annerion von Elsaß-Lothringen kaum über 39 Millionen Bevölkerung zählen (auf 550 000 Quadratkilometer) Deutschland trotz aller Gebietsabtretungen etwa 445 000 Quadratkilometer mit 69 Millionen Bevölkerung, wozu noch die zirka 7 Millionen starke Bevölkerung von Oesterreich, ob mit Deutschland heute politisch verbunden oder nicht, bleibt sich gleich, hinzukommen würde. Aber das feindliche Belgien wird seine 7 Millionen Bevölkerung zweifellos nach französischem Muster militarisieren! Mit einer „blitzartigen Offensive“ in Frankreich, die 1914 trotz der Ueberrumpelung Belgiens verlagte, würde es in Zukunft erst recht nichts sein. Und leistet Oesterreich Deutschland Hilfe, so wird Italien sicher gegen Deutschland maršieren, das es so bequem haben wird, da es die Alpenpässe beherrschen wird! Also haben wir gegen die 66 Millionen Bevölkerung Deutschlands und Oesterreichs bereits im Westen und Süden des europäischen Kontinents eine feindliche Koalition von 39 (Frankreich) + 7 (Belgien) + 36 (Italien) = 82 Millionen. Und das künftige Polen, das die Entente möglichst stark machen will, wird nicht verfehlen, mitsamt den Tschechoslowaken Deutschland in den Rücken zu fallen. Was bedeutet das? Nun, Rußisch-Polen hatte allein 12 Millionen Bevölkerung, die Gebietsstücke, die dem Deutschen Reiche abgenommen werden sollen, zählen etwa rund 5 Millionen, der galizische Anteil (die Polen kämpfen um einen Teil des ukrainischen Oesterreichs) wohl 6, zusammen 24 Millionen. Dazu kommt aber noch die weißrussisch-litauischen Gebietsstücke, in die die Polen bereits eingedrungen sind. Nach den Ausblaudereien einiger Pariser Blätter soll sogar ganz Litauen und das Baltikum unter polnische Herrschaft gezwungen werden, dadurch Polen auf 30, mit einigen noch zu annektierenden weißrussischen Gebietsstücken vielleicht sogar auf 35-40 Millionen Bevölkerung gebracht werden. Alsdann würde ein Deutschland feindliches kriegerisches Reich von der Stärke Frankreichs im Osten entstehen. Dazu käme noch die 10-Millionen-Bevölkerung der Tschechoslowaken! Die Raabovon würden, falls sie in der Zukunft deutsch-

freundliche Gelfüste zeigen sollten, durch die ihnen an Koppzahl dreifach überlegenen Zugmaschinen und Rindern im Baume gehalten werden. Es ist zweifellos bewusste Abtrotz, daß die Entente Völen die ganze oberchlesische Kohle, eine Kohlenproduktion von 30 Millionen Tonnen jährlich, zu kaufen will. Völen soll eben ein mächtiger Zerküstrastat werden, soll die Möglichkeit erhalten, sich eine gewaltige Rüstung anzulegen! Nein, dem bürgerliche Deutschland ist weder heute, noch in der Zukunft zu helfen! Ganz anders steht ein sozialistisches, d. h. ein wirklich sozialistisches (kein Scheinsozialistisches heutzutage) Deutschland da! Zwar für heute mühte sich auch das sozialistische Deutschland der Gewalt des ententistischen imperialistischen Kapitalistenkängels beugen! Aber die internationale Menschheitsolidarität würde dabei doch eine ganz andere Rolle spielen! Das sozialistische Deutschland hat aufrichtige Freunde im Ost und West. Für ein sozialistisches Deutschland sind übrigens eine Reihe von Bedingungen nicht gerade oerderlich. So die Forderung, daß die Armee auf 100 000 Mann beschränkt werden soll, über die die rechtsstehenden Blätter ganz aus dem Häuschen sind. Die Armee soll nach Vorschrift der Entente eine Armee von Freiwilligen sein, also eine Bratorianergarde bilden. Ein sozialistisches Deutschland braucht auch diese Bestimmung nicht zu scheuen. Denn es könnte eine mehrjährige Arbeitspflicht aller jugendlichen Männer einführen und die Freiwilligen, die sich zur Armee melden, anstatt zum Arbeitsdienst, nur je 3 Monate unter den Waffen behalten, welche Zeit für die militärische Ausbildung, wenn man den Gemoaidendienst und Parade-drill befreitigt, vollständig ausreicht.

Auslieferung Wilhelms II.? Dem Sozialisten ist Wilhelm II. heute = Heuba. Die Geschichte hat über ihn ihr Urteil gesprochen. Daß das deutsche Volk an Wilhelm II. einen großen Geist, einen bedeutenden Herrscher verloren, kann nicht der königstreueste Konservativ behaupten. Daß die Inszenierung des Weltkrieges, die Wilhelm II. zur Last fällt, die denkbar ungeeignetste, dümmstmögliche war, wird niemand bestreiten, auch wer der Meinung ist, daß auch die anderen Mächte keine reinen Engel waren.

Bau von 200 000 t Schiffsraum für die Entente durch 5 Jahre? Die „Voss. Sta.“ bezeichnet schon diese Forderung als unannehmbar! Das ist doch der bare Unfuss — man sollte wirklich nicht mit so leichtfertigen Einwürden, solchen Bogatellereien, kommen, über die dann die wirklich höheren Forderungen überleben, bzw. mit den leichteren in eine Linie gestellt werden. Deutschland hat 1913 424 000 t Handelschiffe für eigene, daneben noch 25 000 t für fremde Rechnung gebaut, daneben oder noch 53 620 t Kriegschiffe, die infolge der Vanzierung und stärkeren Maschinen mindestens zum 3-fachen der Handelsstonnage angelegt werden können. Also wird Deutschland wohl unüberwiegend jährlich 600—700 000 t Handelschiffe bauen können, bei „forciertem“ Bau vielleicht selbst 300 000—1 Mill. Tonnen, denn die Werften sind im Kriege noch vergrößert worden. Denken wir doch daran, daß wir etwa 15 Mill. Register-Tonnen Schiffsraum verlornt haben — der Bau von 1 Mill. à conto des Wiedererbaues ist wirklich keine übermäßige Leistung!

Ein schwerer Schlag wäre natürlich der Verlust der oberchlesischen (ca. 30 Mill. Tonnen Produktion) und der Saar Kohle (etwa 15 Mill. Tonnen). Immerhin die beste Stohkohle Europas, die westfälische Kohle (etwa 120 Mill. Tonnen) bleibt uns. Allerdings sollen wir auch davon 7 Mill. Tonnen Frankreich liefern. Auch das wird noch gehen — wenn schließlich eine Umstellung der Kraftproduktionsanlagen stattfindet, in der für jezt möglichen Frist die 2—3 Millionen Pferdestärken enthaltenden süd-deutschen und mitteldeutschen Wasserkraftwerke ausgebaut werden. Das kann natürlich nur der Staat leisten. Aber die heutige Regierung wird es nicht tun, denn das wäre ja die dreimal vermaledeite Sozialisierung!

Schlimm steht es mit der Zukunft der Eisenerzeugung, denn die luxemburgisch-lothringischen Eisenerze werden Deutschland fehlen. Vielleicht wird auch der Bezug der lothringischen Minerale unumgänglich gemacht und damit die Produktion der für die Landwirtschaft so notwendigen phosphorhaltigen Thomasschlacke. Die rechtsrheinischen Eisenerzlagertstätten haben nur für 2 Mill. Tonnen Roheisenproduktion, während wir tatsächlich 1913 19 Mill. Tonnen produziert haben. 13—14 Mill. Tonnen Roheisen sind im rechtsrheinischen Gebiet, zu 1/2 in Rheinland-Westfalen produziert worden, etwa 9 Mill. Tonnen Eisenerz wurden aus Schweden, Norwegen und Spanien eingeführt. Es ist jedoch durchaus möglich, die Eisenerzproduktion im rechtsrheinischen Deutschland, wenigstens vorübergehend, stark anzupumpen und so immerhin, trotz Verlustes von Oberchlesien für einige Zeit eine Eisenproduktion von 12 bis 13 Mill. Tonnen beizubehalten. Man ohne schwedische und spanische Erze wird es freilich sehr schwer sein, auszukommen im Kriege haben wir es freilich fast vollständig gemußt!

Nun die Geldentschädigung, deren ganze Höhe uns noch nicht einmal bekannt gegeben ist: 20 Milliarden Mark sollen wir in 2 Jahren bezahlen, außerdem 4 Milliarden jährlich für die französischen Orientsinosiden, der Rest — die Douptententschädigung wird erst später (1921) bekanntgegeben. Das ist natürlich ein völliger bayer Unfuss. Deutschland verliert nicht über Goldminen und Rohstoffmittel; es könnte nur in Rohstoffen, Kohle, Eisen, Kali und Maschinen zahlen. Wodurch ist es eine bodenlose Unerschicklichkeit, Anklagen an Anwalde, Wäken, Wäken uho, im Ausland, mit aus dem Ausland bezogenen Waren zu dem Hochhandels-Einfuhrpreis zu berechnen, denn bei den Anlandabgaben gewinnt ja der französische Staat infolge der hohen indirekten Steuern und Zölle mindestens 50—100 Prozent! Sobaan sind die 4 Milliarden an sich ein Unfuss. Die Herren Franzosen mühten arbeiten werden, und ihre tatsächlichen Rechnungen vorzulegen; diese werden noch nicht so hoch sein. Diefem Unfuss der überhöhten Anwesen haben aber unter Verlofener und letzter Reichskammerkassier selbst Vorfaus geleistet, indem sie die deutschen Zahlungen an Anwaliden, Wäken und Wäken zu 4 Milliarden geschätzt haben, obfchon die bisherigen Zahlungen anstandenermaßen nur 1 1/2 Milliarden betragen.

Also: Als Antwort auf diese unsinnigen Geldentschädigungsforderungen erklärt man der Entente, sie solle doch die Mengen an Rohstoffen und Waren benennen, die sie von Deutschland an Stelle der 20 Milliarden zu erhalten wünscht, sodaan kann darüber verhandelt werden, ob Deutschland überhaupt derartige Rohstoffe und Waren zu produzieren in der Lage ist. Aus dem Weltverkehr kann Deutschland keine Waren zwecks Abgabe beziehen, da es selbst auf längere Zeit hinaus wenig ausführen kann, da-

bei aber genötigt ist, große Ausgaben für den Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen zu machen!

Ein sozialistisches Deutschland kann den unerschütterlichen Forderungen des Ententimperialismus begegnen, indem es zunächst sich auf die inneren Bedürfnisse der Reproduktion an Rohstoffen und Kraftstoffen umstellt! Au allererst ist Stickstoffdünger, sind Maschinen für die Landwirtschaft zu produzieren, die landwirtschaftlichen Großbetriebe schleunigt zu sozialisieren, damit die Produktion gesteigert werden kann, die Einfuhr sich erleichtert. Eine Schwerkriegsindustrie bleibt bei der Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bis zur völligen Bedarfsdeckung stehen; der drohende Mangel an Bleisphäure, für deren Beschaffung man das Ausland nicht entbehren können. Vielleicht läßt sich das England doch erreichen gegen entsprechende Kollibeseizung und jährlich je 1 Million Tonnen Phosphate aus der Insel Nauru, die es fngerweise nicht an Australien gepachtet, sondern sich reserviert hat, abzulassen. Aber weicht denn überhaupt einer unierer Friedensunterhändler Bescheid über die fürchtbare Phosphoräurennot unsere Landwirtschaft und über die Reichtümer der Insel Nauru? Weich überhandt einer, wo sie liegt, hat einer schon den Namen gehört? Die Engländer wissen Bescheid, die haben sich Hochmänner abholt, genau so wie die Amerikaner — mit Intelligenzen.

Die sozialistische Umstellung der Landwirtschaft kann Deutschland in wenigen Jahren eine Vorkreis-Einfuhr von 2 1/2—3 Milliarden an Rohstoffen und 1 Milliarde an Kraftstoffen erparieren. Die bloße Erhebung der Quotiere durch Autoswagen und Autopflüge, die nur der kapitalistische, nicht der bürgerliche Staat vornehmen kann, ließe durch die Futterersparnis fürs Ruzvieh in einem Jahr die alte Nahrungsnot verschwinden und damit der Raub der deutschen Zeechiffe weitgehen! An Rohstoffen, Kalzifabrikaten und Maschinen für den Wiederaufbau von Frankreich und Belan kann Deutschland genügend liefern. Sobald erst eine mehrjährige sozialistische „vaterländische Dienst- und Arbeitspflicht“ eingeführt ist, es können z. B. jährlich 50 Millionen Tonnen Kohle — natürlich nicht zum Vorkreispreis von 15 M. frei Grenze, sondern zum heutigen englischen Grenzpreis von 30 M. die Tonne liefern, damit 1 1/2 Milliarden ausbringen. Notwendig dazu wären 200—250 000 Arbeiter. Die Schachtanlagen für eine Mehrproduktion von 50 Proz. im Ruhrgebiet sind vorhanden! Tsal, könnten Eisen und Maschinen (Ausfuhr vor dem Aricae 6—7 Mill. To. zum Werte von 2 Milliarden M.) mit einem entsprechenden Arbeitsaufwand für den gleichen Betrag geliefert werden. Deutschland könnte bei Wiedereinführung der vaterländischen Arbeitspflicht für eine beschränkte Anzahl von Jahren die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und Güter, allenfalls noch etwas darüber notwendige Ausfuhr liefern.

Aber unsere heutigen Gewalthaber werden über den bloßen Vorschlag der „vaterländischen Arbeitspflicht“, die sie im Kriege als große Errungenschaft feierten, vor Put schäumen denn wo bliebe der Unternehmerprofit? Wenn unter tapferen büraerlichen vaterländischen Selben den Diktatfrieden ablehnen, können sie erleben, daß der Feind unsere Industriegebiete besetzt und zwecks Produktionssteigerung nicht eine gerecht zu handhabende vaterländische Arbeitspflicht, sondern eine harte Kwanasarbeit organisiert, dabei an allererst das Renteneinkommen und den Unternehmerprofit der deutschen Besitzer konfiskiert, die Steuerinzänge für sich in Anspruch nimmt. Nur eine sozialistische Organisation der Volkswirtschaft kann Rat schaffen, nur sie kann auf die jetzt uns noch feindlichen fremden Volksmehrheiten einen derartigen Eindruck ausüben, daß in wenigen Jahren eine Revolution des Diktatfriedens erfolgt.

## Eug und Trug bis zum Schluß.

Am 22. April war die deutsche Regierung von England zur sofortigen Wiederherstellung der Lage in Liban, wie sie vor dem Staatsstreich gegen die lettische Regierung war, aufgefordert worden. Dieser Staatsstreich sei von den Deutschen ausgeführt worden. Die deutsche Regierung hatte damals erwidern lassen, daß diese Anschuldigung durch nichts begründet sei, sie mißde sich in die innerpolitischen Verhältnisse von Lettland nicht ein, könne aber auch das Recht einer anderen Regierung auf eine solche Einmischung nicht anerkennen. Deutsche Truppen und Behörden hätten seinen Staatsstreich gegen die lettische Regierung ausgeführt und sich auch nicht daran beteiligt. Darauf hat Balfour, der britische Staatsminister des Auswärtigen der deutschen Waffenstillstandskommission durch den englischen Vertreter folgende Note zu stellen lassen:

Dem durch die Note vom 22. April vom Chef der britischen Mission den Deutschen unierbreiteten Erlauchen ist in keiner Weise Genüge gesehen. Andererseits hat 1. die lettische Regierung noch nicht wieder anfangen können zu arbeiten, da die Minister durch baltische Wachtposten von dem Truppenkörper des Barons von Manneffel und infolge des seitens des Generals von der Goltz geübten Widerstandes in ihren Häusern festgehalten werden. 2. Die von dem General, von der Goltz gegebene Auskunft, daß den lettischen Soldaten entwendete britische Waffen zurückerhalten worden sind, ist als falsch erkannt worden, als die britische Militärmission dieselbe richtig stellen wollte. Teilen Sie den Deutschen diese Tatsachen mit und wiederholen Sie das am 22. April gestellte Erlauchen. Außerdem geben Sie den Deutschen zu verstehen, daß jetzt verlangt wird die unumittelbare Zurückberufung des Generals von der Goltz und die Freilassung „Deutscher Hilfskräfte“ für die deutschen Streitkräfte von Lettland (Befreiung der „Deutschen“). Diese Freilassung der „Deutschen“ soll von der deutschen Regierung öffentlich angefragt werden. Vor Erteilung dieser Befreiung werden keine Lebensmittel irgend welcher Art für die deutschen Streitkräfte in Liban angeschlossen werden.

Herr Eraberger, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission hat darauf geantwortet, daß die deutsche Regierung eine neue Untersuchung über die Vorgänge in Liban vorgenommen habe, deren Ergebnis die folgenden Maßnahmen seien:

1. Die deutschen militärischen Behörden in Lettland wollen es nochmals ausdrücklich zurück, daß irgendwelche deutsche Truppen an dem Sturz der lettischen Regierung beteiligt waren. Es besteht vollkommene Klarheit darüber, daß der baltische Stahtrupp selbständig, militärisch und unter Nichtberücksichtigung aller Verhandlungen seiner baltischen Landsleute ge-

handelt hat. Von deutscher Seite wird keine Regierung in Liban gehindert, ihre Rechte als regierende Staatsmacht auszuüben. Der Grundfah der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten Lettlands wird von deutscher Seite peinlich gewahrt.

2. Der Frontausfuch in Lettland hat die Bedingungen des Ultimatus der alliierten Mächte bezüglich der neuen Kabinettbildung angenommen. Die lettische Regierung wird also auch durch baltische Truppenkörper an Arbeiten nicht gehindert.

3. Den lettischen Soldaten sind die in der Note des Herrn Balfour erwähnten Waffen bereits zurückgegeben worden.

4. Der Forderung, die Bezeichnung „Deutsche Hilfskräfte“ für die deutschen Streitkräfte statt „Befreiungsbataillone“ anzunehmen, kann die deutsche Regierung nicht nachkommen. Die Annahme dieser Forderung würde dazu führen, daß die deutschen Truppen die Befehle der Entente durch Vermittlung eines von den Alliierten abhängigen Kabinetts erhalten würden.

5. Die deutsche Regierung zieht vielmehr die gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen in kürzester Frist zurück. Sie hat die vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung einer Waffenruhe und eines im daraan anschließenden Waffenstillstandes mit den gegenüberstehenden Truppen bereits eingeleitet. Die Zurückziehung wird in einem Zeitraum erfolgen, durch welches das dem Deutschen Reich gehörige Eigentum in Lettland und Litauen gesichert wird. Die Verantwortung für die aus der Räumung von Lettland und Litauen entstehenden Folgen tragen die alliierten und assoziierten Mächte.

In der Sitzung des Friedensausfusses der deutschen Nationalversammlung vom 6. Mai ist festgestellt worden, daß die Darstellungen Eraberger's und des Reichswehrministers Roske durchaus verlogen gewesen sind. Der General von der Goltz hat um mindestens dreierlei unterrichtet, daß die deutsch-baltischen Barone die lettische Regierung bereitwillig wollten und er hat sie dabei durch die deutschen Truppen tatkräftig unterstützt. Selbst der Rechtssozialist Krähig, der Herrn Roske auf seiner Fahrt nach dem Osten begleitet hat, mußte eingestehen, er habe den Eindruck gewonnen, daß General von der Goltz um den Staatsstreich gewußt hat.

Der Inhalt der englischen Note entspricht also durch aus der Wahrheit und es ist unerhört, daß Herr Eraberger immer wieder Gelegenheit gegeben ist, die Oeffentlichkeit irrezuführen. Ist denn der Regierung noch immer nicht das Gefühl dafür gekommen, daß sie durch diese auf Eug und Trug aufbaute Politik das Mißtrauen des Auswärtigen gegenüber Deutschland immer von neuem wecken muß? Kommt es ihr selbst in diesen Tagen nicht zum Bewußtsein, daß es die Methoden der Brutalität und der Hinterlist sind, die von der wilhelminischen Regierung geübt worden sind und von ihr jetzt fortgesetzt werden, die uns den Hah der ganzen Welt und auch die barten Friedensbedingungen eingetragen haben?

Die moralische Niederlage, die die deutsche Regierung mit ihrer Politik in den baltischen Provinzen sich zugezogen hat, daß für sie so blamable Verläufe des englischen Außenministers den General von der Goltz zurücküberufen und die deutschen Truppen richtig zu bezeichnen, beantwortet sie mit einer Geste, die heroisch sein soll, in Wirklichkeit aber einfallig ist. Sie teilt mit, daß unter den von den Alliierten gestellten Bedingungen und unter ihren indirekten Befehlen die deutschen Truppen nicht kämpfen könnten. Und Deutschland braucht zudem diese Truppen viel notwendiger in Westpreußen und Oberchlesien, um dort für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, um Ruhe und Ordnung in diesen Gegenden aufrechtzuerhalten, heißt es am Schluß ihrer Mitteilung: Auf einmal also entdeckt die Regierung, daß diese Truppen in der Heimat „viel notwendiger“ seien, als in Lettland. Beweist das nicht aufs neue, daß die deutschen Truppen nur an dem Aweide dort gehalten worden sind, um die Gewaltpolitik der baltischen Barone zu unterstützen?

Und jetzt kommt Eraberger mit einer neuen Propagation, mit einer frechen Drohung an die Adresse der Entente. In einem Kuaenbild, wo die Regierung alles anbietet, mühte, um von den Alliierten günstigeren Friedensbedingungen an verlangen, läßt sie Herrn Eraberger erklären, daß Deutschland „für alle Eventualitäten gerüstet“ sein müsse. Wie konnte noch darf dieses Individuum die deutschen Interessen dem Auslande gegenüber vertreten?

Die „Mitteilungen der Waffenstillstandskommission“ teilen den Wortlaut des Litauen betreffenden Abschnitts der Friedensbedingungen mit, der mit Bezug auf die oben erwähnte Note Balfours vom 3. Mai vorwen, am 8. Mai in Spaa der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt wurde. Dieser Abschnitt lautet:

„Section II, Cii-Europa, Artikel 433.

Als Gewähr für die Durchführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages, durch welche Deutschland endgültig die Abschaffung des Vertrages von Dreß-Litauen und aller Verträge, Konventionen und Vereinbarungen anerkennt, die es mit der maximalistischen Regierung in Rußland abgeschlossen hat, und zur Wiederherstellung des Friedens und einer guten Regierung in den baltischen Provinzen und Litauen werden alle deutschen Truppen, die sich gegenwärtig in den besagten Gebieten befinden, innerhalb der Grenzen Deutschlands zurückzuführen, sobald die Regierungen der alliierten und assoziierten hauptsächlich interessierten Mächte (les gouvernements des principales puissances allies et associees) den Augenblick hinsichtlich der inneren Lage dieser Gebiete für geeignet erachtet werden. Diese Truppen müssen sich aller Akquisition, Beschlagnahme und aller anderen Zwangsmaßnahmen enthalten, welche die Erlangung von für Deutschland bestimmten Lieferungen zum Zweck haben, und sie dürfen sich in keiner Weise in Anordnungen, die nationale Verteidigung betreffend, einmischen, welche die vorläufigen Regierungen von Estland, Litauen und Litauen treffen würden. In besagten Gebieten wird keine andere deutsche Truppe bis zu ihrer Räumung oder noch ihrer vollständigen Räumung zugelassen werden.

Die „Mitteilungen der Waffenstillstandskommission“ bemerken dazu:

„Deutschland verfügt über seine Truppen, wie es ihm notwendig und gut erscheint. Und der richtige Zeitpunkt zur Zurücknahme der Truppen aus dem Osten scheint Deutschland jetzt die beste zu sein.“

Diese offizielle Antwort ist noch unverkämter als die Antwort Eraberger's auf die Note Balfours. Die Regierung spekuliert offensichtlich darauf, unter Androhung sofortiger Räumung der baltischen Provinzen Konzeptionen für ihre junkerlichen Schützlinge im Baltikum erpressen zu können. Verlangen von dieser englischen Idee, nicht die nicht, wie ihr ganzes Auftreten in dieser Frage auf die von

hinter Friedensverhandlungen in ungünstigster Weise zu wirken müssen.

### Protest gegen das Libauer Schreckensurteil.

Die früheren Angehörigen des Bataillons „Berlin“ und die Angehörigen der verurteilten Vertrauensleute in Libau hielten gestern im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, um gegen das Libauer Schreckensurteil zu protestieren. Die Soldatenratsmitglieder Kerner und Quert schilderten die Verhältnisse in Libau, die zum Sturz des Soldatenrats geführt haben. Der Libauer Soldatenrat und die Vertrauensleute hatten bis zum Eintritte des Generals von der Goltz im vollsten Einvernehmen mit dem Gouvernement gearbeitet. Das änderte sich, als von der Goltz in Libau erschien. Es begann insgeheim der Abbruch der Vertrauensleute. Der letzte Akt des Sturzes des Soldatenrats war die Entlassung eines Vertrauensmannes durch einen Offizier. Die betreffende Kompanie stellte sich hinter ihren Vertrauensmann und verlangte die Abhebung des Offiziers. Als Antwort auf diese Forderung erfolgte durch Offiziere die Entlassung der Kompanie. Die in dieser Angelegenheit vom Soldatenrat angeordneten Verhandlungen hatten seine Verhaftung zur Folge. Da nur permissive Konventionen bestanden, war diese Verhaftung ungesetzlich. Der eigentliche Grund zum Sturz des Soldatenrats war die Tatsache, daß der Staatsstreich gegen die Regierung Libaus mit dem Soldatenrat nicht durchzuführen war. Schon Wochen vorher in Libau war es bekannt, daß erst der Soldatenrat und dann die lettische Regierung gestürzt werden sollten. Das vom Feldkriegsgericht gegen die Soldatenrats gefällte Schreckensurteil fordere zum schärfsten Protest heraus. Es müßten Schritte ergriffen werden, um die verurteilten Vertrauensmänner den Klauen der Militärjustiz zu entreißen.

Rechtsanwalt Dr. Böhm teilte der Versammlung mit, daß auch noch in Berlin Vertrauensleute des Bataillons in Haft seien, die sämtlich nach Libau abtransportiert werden sollen, um vor das Feldgericht gestellt zu werden. Die Feldgerichte seien aber in diesem Fall überhaupt nicht zuständig. Der Gesetzgeber hat diese Gerichte geschaffen, weil nicht hinter der Front kein ordentliches Gerichtsverfahren möglich ist. Das trifft aber für Libau nicht zu. Man müsse deshalb dahin wirken, daß in diesem Fall die Feldkriegsgerichte für unzuständig erklärt und die gefällten Urteile aufgehoben werden.

Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

Die früheren Angehörigen des Bataillons „Berlin“ erheben nach Kenntnisnahme der Einzelheiten des Prozesses gegen ihre Vertrauensleute den schärfsten Protest gegen das unmensliche Urteil des Libauer Gouvernementsgerichts, das über 5 Angeklagte eine Gesamtsstrafe von 10 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verhängte. Die Verurteilten haben nicht nur kein Verbrechen begangen, sie haben sich vielmehr gemeinsam mit dem Libauer Soldatenrat das Verdienst erworben, die Disziplin und Ordnung unter den Truppen aufrecht erhalten und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der deutschen Republik und dem lettischen Volke hergestellt zu haben. Die verurteilten Vertrauensleute sind den reaktionären Antrieben der Offiziere und der baltischen Barone ebenso zum Opfer gefallen, wie der junge Libauer Soldatenrat, der beseitigt worden ist, damit der Staatsstreich gegen die lettische Regierung verübt werden konnte. Unsere verurteilten Vertrauensleute sind nicht nur Opfer der Militärjustiz, sie sind auch Opfer der verurteilten reaktionären Politik der kaiserlichen Offizierskaste mit dem Gouverneur von der Goltz an der Spitze. Das Urteil gegen sie ist eine Herausforderung, ist ein Schlag gegen die Soldatenrats und die auswärtige Politik der deutschen demokratischen Republik.

Ein solches Urteil kann unter keinen Umständen aufrecht erhalten werden. Ein Rechtsmittel gegen das Urteil steht den Verurteilten nicht zu, da das Urteil von einem Feldkriegsgericht ergangen ist. Die Versammelten fordern deshalb, daß Schritte ergriffen werden, um das Urteil rückgängig zu machen und beauftragen die von ihnen gewählte Kommission, zu diesem Zweck mit der Reichsregierung und dem Friedensausschuß der Nationalversammlung in Verhandlungen zu treten.

### Der Mord an Eugenburg und Lieblnecht.

Der Artikel der „Freiheit“ an der Verhandlung über den Mord an Eugenburg und Lieblnecht, der die Angeklagten keine Möglichkeit bietet, die Angelegenheit von der verdammten Fesse aus zu befreien, da sie sich nicht in dem Untersuchungsgefängnis befinden, wobei diese Angelegenheit, Hauptmann Weller trace in der Tat eine Pistole dabei gehabt zum Dienstanzug, aber er habe angeordnet, die Pistolen keine Verlon mit Schusswaffen das Gerichtsgebäude hinter lassen dürfen. Bei der Durchsichtung des Hauptmann Weller habe das der Pistolen anscheinend übersehen. Weller wird angehalten, die Pistole nunmehr abzugeben. Er habe durchaus bereit, die Schusswaffen nicht ihm, sondern den Soldaten der Anklageverurteilter, Kriegsrichter Dr. v. n., wendet sich deshalb gegen die „Freiheit“. Die Artikel deren Verurteilung sei tendenziös, auf Stimmungsmache berechnet, und es solle aneinander ein Trud auf Reizen und Gerücht ausgeübt werden. Böhm legte ganz entschieden dagegen Vermahnung ein, ebenso Böhm er schreibe, daß die Angeklagten am ersten Verhandlungstage nicht mehrere Male, sondern nur einmal im Verlaufe der Verhandlung, Oberleutnant Vogel wird dieserhalb vom Vorsitzenden zurückgewiesen, Hauptmann Weller solle ihnen ein Prüßbild ein und muß gleichfalls zurecht gewiesen werden.

Der Prozeß verläuft im übrigen auch heute wieder so spannungsvoll wie an den beiden vorhergehenden Tagen. Es sind keine Resolutionen für Neugierige zu erwarten. Die Zeugen sind zum Teil nicht erschienen, was automatisch ab, es kommt zu keinen

zusammenhängen zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden, zu keinem Wortwechsel zwischen dem Anklagevertreter und dem Rechtsanwalt. Es ist ein belangloser Prozeß.

Die Verhandlung steht immer noch bei der Vernehmung der Zeugen, die den Transport Lieblnecht nach dem Tiergarten mitgemacht haben. Es treten keine neuen Wendungen zutage. Die Aufregung wird sich anscheinend zu Gunsten der Angeklagten auflösen. Von den Zeugen, die dem Transport beigewohnt haben, wird gegen die Angeklagten kein belastendes Material vorgelegt. Die wenigen Abweichungen in den Aussagen dieser Zeugen sind ohne Bedeutung für die volle Aufklärung des Sachverhalts. Der Vorgang im Tiergarten wird wohl im Dunkeln bleiben.

### Losfalltermin im Tiergarten.

Freitag abend um 9 1/2 Uhr fand an dem Totort im Tiergarten ein Termin statt. Alle Prozeßbeteiligten versammelten sich am Bahnhof Tiergarten. Die Angeklagten wurden vom Untersuchungsgefängnis aus in einem großen Lastautomobil zur Stelle gebracht. Den Termin leitete der Kriegsrichter Dr. v. n., der seine Fragen in der Hauptsache an den Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflaß, Hartung richtete, da dieser die ersten Schüsse auf Lieblnecht abgefeuert hatte. Es wurde versucht, festzustellen, wo das Automobil an jenem Januarnacht im Tiergarten die Panne erhalten habe. Es handelt sich um den großen Hauptweg, der von der Kasernenallee nach dem Bahnhof Tiergarten durchführt. In unmittelbarer Nähe, an der Stelle, wo der große See diesen asphaltierten Hauptweg berührt, hat an jenem Abend das Automobil gehalten. Lieblnecht wurde dann auf dem Hauptweg weiter geführt. Kapitänleutnant v. Pflaß-Hartung sagte aus: Er wolle mit Lieblnecht in der Richtung nach Bahnhof Tiergarten weiter gehen und benutze den rechts abbiegenden Seitenweg. An diesem Kreuzpunkt erhielt er den Befehl: „Unterführung Bahnhof Tiergarten“ und diesen Augenblick, als er sich umblückte, habe Lieblnecht benützt, um die Pistole zu ergreifen. In einer Entfernung von etwa sieben Schritt feuerte Pflaß-Hartung mehrmals hinter den Fliehenden. Lieblnecht kam zu Fall und wurde dann tot aufgefunden. Um 11 1/2 Uhr war der Termin beendet; es waren strenge Absperzungen mit Mäxegeln getroffen worden, um das Publikum fernzuhalten.

### Runge-Lügen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf die in den Zeitungen veröffentlichten Verhandlungsberichte vom Lieblnecht-Prozeß sehen wir uns veranlaßt, etwas richtigzustellen.

Durch die Aussage des Mörders Runge, wonach er anlässlich eines Demonstrationsstreiks bei der Firma Siemens angegriffen von den Genossen Lieblnecht und Eugenburg mit einem Revolver bedroht worden sein soll, kann es den Anschein erwecken, als ob die ermordeten Genossen entweder im Betrieb oder in einer Betriebsversammlung sich bei Ausbruch des besagten Streiks in irgendeiner Form betätigt haben und somit den Mörder Runge am Arbeiten verhindern wollten.

Wir unterzeichnen, die wir als Arbeiter in dem Betrieb seit dem 2. November fungierten und somit über alle Bewegungen innerhalb unseres Werkes genau informiert sind, stellen hiermit fest, daß die Genossen Karl Lieblnecht sowie auch Rosa Eugenburg niemals im Werk, vor dem Werk oder in einer Betriebsversammlung anlässlich eines Streiks im Dynamowerk, in welchem der Mörder beschäftigt war, weder rednerisch noch irgendwie tätig oder überhaupt zu sehen waren.

Der Mörder Runge kann somit niemals mittels Waffe oder sonstwie von der Arbeit abgehalten worden sein.

Berlin, den 2. Mai 1919.  
Die Arbeiterräte des Dynamowerkes  
der Siemens-Schubert-Werke.  
Germann Hohelsel, Otto Babben,  
L. E. P. D. S. P. D.

### Rechtssozialisten für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung!

In einer wichtigen politischen Kundgebung schloß sich eine von dem Bezirksvorstand der rechtssozialistischen Partei Groß-Berlins am Freitag abend nach der Germanianischen einberufenen Mitgliederversammlung der S. V. D. Das Thema „Militarismus von heute“ behandelte der Rechtssozialist Leutnant Fischer, der ehemalige Adjutant von Weiß und Noske. Aus der genauesten Kenntnis des jetzigen Militarismus heraus stellte er fest, daß die Regierung in völliger Abhängigkeit von dem alten militärischen Geist getreten sei. Nach ihm sprach der gewählte, aber nicht beständige Kommandeur der Republikanischen Soldatenwehr Dr. Köhler, der insbesondere eingehend über den Vandalismus der alten Militäristen gegen das Regiment Lieblnecht in den Januartagen zum Schutze der sozialistischen Regierung abhandelt worden war, sprach. Von besonderer Bedeutung war seine Feststellung über die Haltung der Volksmarine-Division in den Märztagen. Obwohl sie als unzuverlässige Truppe verurteilt sei, habe man sie als erste zur Verfestigung von Ruhe und Ordnung auf den Alexanderplatz geschickt. Zweimal sei ohne jede Veranlassung von den Freiwilligen-Verbänden aus dem Polizeipräsidium auf sie geschossen worden, so daß hierdurch erst der Konflikt zwischen der Volksmarine-Division und den Freiwilligen-Verbänden durch die bewusste Provokation der letzteren entstand. Als letzter Redner sprach Dr. Simmel, der die Ausführungen der Vorredner unterstreichend, den einzigen Ausweg aus dem Bruderkampf der Sozialisten und die einzige Rettung vor der drohenden Gegenrevolution in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung erblickte. Er legte deshalb der Versammlung folgende Resolution vor, die ohne Widerspruch angenommen wurde:

„Die am 2. Mai in den Germanianischen tagende Versammlung von mehr als 1000 organisierten Parteigenossen der S. V. D. hat mit Entrüstung von der traurigen Tatsache Kenntnis genommen, daß die Republikanische Schutzmacht und Republikanische Soldatenwehr, die aus Mitgliedern der Partei bestehende Militärmacht, die freiwillig in den ersten Sturmtagen des Januar sich im Kampfe für eine sozialistische Demokratie zusammengelunden hatte, von den alten Militaristen mit brutaler Waffengewalt auseinandergerissen worden ist. Es sieht darin den letzten Akt eines systematisch betriebenen Feldzugs, die Sozialisten aus den Freiwilligen-Verbänden zu entfernen. Durch Drangsalierungen, Verleumdungen und zuletzt Vergewaltigung ist das gemäandete Ergebnis erzielt worden.  
Die Versammlung erkennt daran, daß die sozialistischen Mitglieder der Konstitutionsregierung dem Treiben der Offizierskaste nachsichtig gegenüberstehen, die es verstanden hat, die durch die Spartakusverbrechen im Januar notwendig gewordene Aufstellung einer demokratischen

republikanischen Schutzmacht zu verhindern, und statt dessen einen reaktionären Schuttrupp erstellen zu lassen.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die graniamen Friedensbedingungen der Entente zu einem großen Teil auf das Schuldlosd dieses in Deutschland wieder neu erstorbender Militarisismus zu setzen sind, der ungewissheit für das Inland wie für das Ausland eine erneute Bedrohung von Frieden und Freiheit darstellt.

Es steht zu befürchten, daß nach Abschluß des Friedens die jetzt schon deutliche Reaktionsgang unverhüllt durch seine Rücksicht auf das Ausland mehr gebunden, hervorgerufen und sich der von ihr beherrschten Truppenmacht zu konterrevolutionären Zwecken bedienen wird.

Die Versammlung sieht die einzige Rettung für die sozialistische Sache, wie für Deutschland überhaupt in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die allein den vorevolutionären Militarismus überflüssig machen, und damit ein wichtiges Vermittlung für die Einigung der Bruderparteien bereiten kann.“

Ein Versuch des Versammlungsleiters, die in der Versammlung der Funktionäre der S. V. D. am 8. Mai angenommene Resolution, die sich für den Eintritt in die Freiwilligen-Truppen ausspricht, auch in dieser Versammlung zur Annahme zu bringen, scheiterte. Die Versammlung wurde dann auf den Antrag von Brutus Mollenbutz verlagert, um, achtlos auf neues Material, nochmals zu den Gefahren der Militärwirtschaft Stellung zu nehmen.

### Gewerkschaftliches.

#### Stellungnahme der Maler zum Verbandstag.

In einer Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Maler usw. wurden zunächst die Wahlen zum Verbandstag vollzogen. Das Resultat kann erst bekannt gegeben werden, wenn dasselbe auch aus den übrigen Filialen bekannt ist. Hieraus gab der Vorsitzende Lieh bekannt, daß vom 15. Mai ab infolge Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt eine Teuerungszulage von 50 Pfg. pro Stunde für Groß-Berlin und Groß-Hamburg zu zahlen ist. Ueber eine weitere Zulage hat das Reichsarbeitsamt angeordnet, daß weitere Verhandlungen bis zum 20. Mai erledigt sein müssen, wo nicht, wird ein Schiedsspruch gefällig.

Es wird hierauf in die Statutenberatung eingetreten. Kollege Kaiser und Böger machen eine ganze Reihe Änderungsanträge, welche dem Verbandstag vorgelegt werden sollen. Die Änderungen betreffen hauptsächlich die Neuregelung der Rechte des Hauptvorstandes bzw. der Mitglieder im demokratischen Sinne. Unter anderem wird verlangt in das Statut aufzunehmen: Unterstützung der Sozialisierungsbestrebungen, der Arbeiter in eigener Regie, enges Zusammengehen mit dem Staat. Unterstützung auch an die Kollegen, welche wegen ihrer politischen Tätigkeit inhaftiert werden. Ferner soll dem Hauptvorstand das Bestätigungsrecht bei Wahlen der Ortsvorstände und Angestellten entzogen werden. Ein Mitglied des Arbeiterrats soll sich und Stimme im Vorstand erhalten. Der „Verbandsorgan“ soll durch eine Prüfungskommission beaufsichtigt werden. Ferner wurden folgende Anträge angenommen: 1. Den Kollegen, welche eingezogen waren, ist die volle Zeit anzurechnen, nicht wie der Hauptvorstand beschloß, nur 2 Jahre. 2. Der Sitz des Hauptvorstandes ist nach Berlin zu verlegen. 3. Auf die Tagesordnung des Verbandstages ist zu setzen: „Mattersystem und Gewerkschaften, Referent Däumig. 4. Der Verbandstag stellt fest, daß die Verhandlungen über die Kriegsanleihe gezeichnet ist. Die Weiterberatung der einzelnen Statutenänderungen und noch vorliegenden Anträge wurde zum 15. Mai vertagt.

#### Zuch die Schutzmacher lehnen den „Vorwärts“ ab.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schutzmacher hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre Generalsammlung ab. In der Kollege Volkmerschau und Tätigkeit über das verlassene Quartier erörterte. In den Schutzmachern haben Lohnbewegungen stattgefunden, die zum Teil zur Erbeniederlegung und zu einer generellen Regelung der Beziehungen führten. Für Zuschneider und Stanser wurden Verbesserungen mit einem Grundlohn von 2,50 Mark für Haus- und Stepper u. s. w. in die Verhandlungen der Arbeiter eingeleitet. In der Woche wurden noch mehrmalige Anrufungen des Schlichtungsausschusses von 20 Prozent erreicht. Für die Reparaturbranche wurde mit den Innungen ein Minimallohn abgeschlossen, der eine Erhöhung der Löhne von über 50 Prozent gegenüber den Friedenslöhnen vorsieht. Die Abschaffung der Akkordarbeit konnte leider nicht durchgesetzt werden.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der an der Lohnfestlegung für Arbeiter Kritik geübt wurde, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Generalsammlung den Rücktritt der Schutzmacher aus den Kosaken bis zum 1. Juni 1919 fordert, widrigenfalls Ausschluß aus dem Verband erfolgt. Wo in der Schutzmacherei genügend Arbeit vorhanden ist, sind diese Kollegen nur als Drucke, an und Paulsen anzusehen. In der Resolution wurde außerdem die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert. Dann heißt es: „Der Zentralausschuß für die Lederbewirtschaftung hat in der Sitzung vom 2. Mai die Aufhebung der Zwangsverwaltung mit 20 gegen 11 Stimmen beschlossen. Was das für die Konsumenten, insbesondere für die Arbeiterklasse bedeutet, zeigt die Aufhebung der Höchstpreise für Eier. Es wird dann für die Lederbewirtschaftung überhaupt keine Lederhölzer mehr geben. Außerdem ist die Sozialisierungspflicht der Schuhindustrie ungeheuer erschwert. Den Versammelten ist es geradezu unverständlich, daß selbst einige Arbeitervertreter für die Aufhebung gestimmt haben. Sie erlauben das Reichswirtschaftsamt, im Interesse des Volksganges diesem Beschluß nicht beizutreten.“

Ein Zusatzantrag, dem „Vorwärts“ durch Versammlungsangelegenheiten keine Arbeitergroßen mehr zuzuführen, der von Volkmerschau aus fastlichen Gründen belächelt wurde, gelangte gegen 8 Stimmen zur Annahme.

Aus Verbandsmitteln sollen der Sammlung für die Zentralisierungen 500 Mark zugeführt werden.

Zum Gewerkschaftstagsrat wurde Volkmerschau einstimmig in Vorhinein gewählt; die endgültige Wahl findet am 21. Mai oder 2. Juni statt.

Stellungnahme zu den Arbeiter-Rats-Wahlen. Nach einem Referat des Genossen Dr. Rosenbergs über die Reaktion im Schul- und Bildungswesen, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, nahm der Zentralverband der Filialen am Dienstag, den 6. Mai, Stellung zu den allgemeinen Wahlen der Arbeiter-Räte Groß-Berlins. Kollege Volkmerschau sprach als Referent über die wichtigsten Punkte der Wahlen. Die Organisationsleitung habe sich dem Vorschlag zur Unterstützung zur Verfügung gestellt. Ungehobene Arbeit ist zu leisten, um eine gerechte Wahl zu ermöglichen. Der Referent schlägt vor, eine Kommission zu bilden, welche die Vorarbeiten innerhalb der Filialen übernehme. Es wird hierauf eine Diskussion über die

sehen, daß die Verfassung mit den Ausführungen des zweifelhafte ziemlich gleicher Meinung war. ...

Der Tarifvertrag der Gesundheitsarbeiter in der Textilbranche, abgeschlossen zwischen dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband und dem deutschen Transportarbeiterverband liegt nunmehr gedruckt vor. ...

Die Krankenschwestern und Pfleger wurden am Mittwoch von der 'Wirtschaftlichen Vereinigung für Krankenpflege' im 'Herrenhaus' zusammenberufen. ...

Der Berichterstatter der Organisationskommission berichtete von den Verhandlungen mit dem Gemeindearbeiterverband, um einen Anschluß der Schwachen und Pfleger zu ermöglichen. ...

D. W. F. West Moabit, Dienstag, den 13. Mai, Sitzung der Verbandsleitung und Funktionäre, um 2 Uhr bei Ernst. ...

Verfassungen.

Bildung einer Einheitsfront!

Die am 3. Mai von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie nach Wilmersdorf einberufene und von über 700 Personen besuchte öffentliche Versammlung folgte gegen 1 Stimme folgende Resolution:

Die in Wilmersdorf am 3. Mai einträglich versammelten Mitglieder aller sozialistischen Parteien wünschen den Zusammenschluß aller sozialistischen Richtungen zu einer sozialistischen Gesamtpartei im Geiste des Proletariats. ...

Hinsichtlich der Grundlage einer Einigung gibt die Versammlung ihrer Heberzeugung Ausdruck, daß die gegenwärtige Regierung auch nach Abschluß des äußeren Friedens nicht in der Lage ist, den inneren Frieden im Lande für die Dauer herzustellen. ...

Sie fordert den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und den Neubau des politischen Gemeinwesens auf Grund des Rätekommunismus.

Des Weiteren fordert sie die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Groß-Berlin.

Die Steuernot der Gemeinden.

Die Gemeinden sind in schwerer finanzieller Bedrängnis; die Ausgaben steigen und entsprechende Einnahmen stehen ihnen nicht gegenüber. Mit diesem Problem hat sich dieser Tage der Vorstand des preussischen Städtetages beschäftigt und er hat an die Landesbehörden eine Eingabe gerichtet, in welcher er um Hilfe bittet. ...

Man wird gegen diesen Antrag des Vorstandes des preussischen Städtetages nichts einwenden können und unsere Genossen in den Gemeindeverwaltungen wie in der preussischen Landesversammlung haben sich in dieser Richtung schon betätigt. ...

Auf was sie hoffen.

Uns wird geschrieben:

Am vorigen Sonnabend konnten Jahrgäste des um 6.10 Uhr nachmittags von Hossen in Richtung Berlin fahrenden Vorzugszugs interessanter Einblicke in das Leben und in die Anschauungen der Angehörigen des in Hossen liegenden Freiwilligen-Regiments gewinnen. ...

Wenn man auf dieses Gerücht politisch Unreifer vielleicht auch nicht allzuviel zu geben braucht, so weist der bei den zitierten Anschauungen zum Ausdruck gebrachte und künstlich gefärbte Glaube doch ein großes Schlaglicht auf die Hoffnungen, die man in den leitenden Kreisen der Freikorps von einer neuen Aufpeisung des nationalistischen Fahgedankens erwartet.

Abschluß rechtsgültiger Mietverträge nur nach vorheriger Zustimmung des Mietvereinsamtes.

Auf eine Eingabe an den Staatskommissar für das Wohnungswesen hin ist der Magistrat Neukölln zum Erlaß einer Verordnung ermächtigt worden, wonach rechtsgültige Mietverträge mit neuen Mietern nur nach vorheriger Zustimmung des Mietvereinsamtes abgeschlossen werden dürfen.

Auf den weiteren Antrag des Magistrats, durch Erlaß einer Verordnung dafür Sorge zu tragen, daß das Inferieren von Wohnungen, insbesondere das Ausbieten von Prämien, verboten werden soll, ist die Antwort ergangen, daß eine allgemeine Regelung dieser Angelegenheit unmittelbar bevorsteht und daher eine besondere Ermächtigung für Neukölln nicht erteilt werden kann.

Pharisäer im geistlichen Kleid.

Bei Fürstberg (Mark Brandenburg) angelitten vor kurzem zwei junge Leute, Söhne ehrbarer Eltern, in einem See, wo verboten war, Einem hinzukommenden Stadtergeanten entgegenzutreten sie die Herausgabe der Fische, es kam zum Streit, der Sergeant machte, von seiner Waffe Gebrauch, tötete den einen jungen Mann und verletzte den anderen schwer. ...

Der Vorgang beweist, daß es auch ohne Geißeln geht. Die Verbrechen ja doch in den meisten Fällen nicht, zum Verzeihen der

Vertragenden zu reden. Darum soll mit dem Vorgehen der Geißeln, allein die Strafen fallen zu dürfen!

Das Ergebnis der Niederbarnimer Kreiswahl ist jetzt auch für die ländlichen Wahlbezirke in nicht amtlicher, vorläufiger Form vor. Es wurden in den 6 ländlichen Wahlbezirken insgesamt 24 Kreisverordnete gewählt; davon entfielen auf die sozialistischen Parteien 13 (5 Unabhängige und 7 Reichssozialisten) und auf die bürgerlichen Parteien gleichfalls 12.

Insgesamt wird sich demnach der künftige Niederbarnimer Kreisrat zusammensetzen aus 13 Sozialdemokraten (13 Reichssozialisten und 20 Unabhängigen) und 26 bürgerlichen Mitgliedern.

Die Schnellzüge, die jetzt verkehren. Schnellzüge verkehren jetzt aus Berlin nach einer neuen amtlichen Zusammenstellung folgende: Vom Anhalter Bahnhof 7 Uhr 15 Minuten vormittags nach Frankfurt a. M., 7 Uhr nachmittags nach Dresden, 8 Uhr 36 Minuten nachmittags am Sonnabend nach Dienstag nach Leipzig und München; vom Potsdamer Bahnhof 11 Uhr 10 Minuten vormittags, 8 Uhr 57 Minuten und 9 Uhr 28 Minuten nachmittags nach Magdeburg und dem Weiter; von der Friedrichstraße 7 Uhr 50 Minuten vormittags und 7 Uhr 12 Minuten nachmittags nach Hannover und weiter, 7 Uhr 26 Minuten vormittags und 10 Uhr 31 Minuten nachmittags nach Breslau usw., 9 Uhr 5 Minuten und 10 Uhr 48 Minuten nachmittags nach Schneidemühl und dem Osten; vom Bogenhof 6 Uhr 50 Minuten nachmittags nach Hamburg.

Unglück auf die Kinder. Etwas verbrannt ist gestern ein 6 Jahre alte Tochterchen Judisch des Kaufmanns Plegner auf der Ottostraße 8 zu Neukölln. Die Kleine blieb allein in der Küche, während der Mutter notwendig etwas zu besorgen kam. Allem Anschein nach fiel nun Glut aus der Heizung des Ofens heraus und setzte ihre Kleidung in Brand. ...

Für die deutsch-österreichischen Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen findet Sonntag vormittags 11 Uhr in den Spichern, Spichernstr. 8, eine Versammlung statt, die sich u. a. mit der Schaffung einer Organisation aller in Deutschland lebenden deutsch-österreichischen Kriegsteilnehmer befaßt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Klosterkirche, Klosterstr. 73a, Vortrag des Herrn Dr. R. P. Jöns 'Glaub' und 'Gott' vom moralphilosophischen Standpunkt betrachtet. - Gäste willkommen.

Aus den Organisationen.

Zellw-Beerschlag. Morgen, Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Schallhaus, Engelstr. 15, Konferenz des Kreisvorstandes mit Ortsvorsitzenden und Funktionären. Jeder Ort muß vertreten sein.

Neukölln. Die Funktionärenversammlung findet nicht am Dienstag, sondern bereits am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Greif, Hermann, Ecke Schierkestr. statt. - Dienstag, abends 7 Uhr, bei Alem, Hofenstraße 13, öffentliche Volksversammlung. - Mittwoch, die Stellung der U. S. P. D. zur Friedensfrage. - Mittwochs finden an Stelle der Bezirksabende Viertelversammlungen statt. Versammlungsorte werden noch bekanntgegeben.

Aus dem Gemeindeleben.

Spanbau. In der letzten Stadtratsordnungsung wurde zunächst die Einführung eines Genossen-Polizeisystems beschlossen. ...

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft 'Freiheit', e. G. m. b. H., Berlin. - Druck: Lindenbruderei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Hermann Mahler, Emil Papritz, Eugen Martin. Die Ortsverwaltung.

Albert Matthes, Paul Biedermann. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer...

Verlagsgenossenschaft 'Freiheit' e. G. m. b. H. zu Berlin. Generalversammlung Montag, den 12. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula der Schule Weinmeisterstraße 18/17, Sophien-Bezirk.

'Klassenkampf'. Ferner gelangen in unsern Verlag zur Ausgabe folgende Broschüren: I. Die Entwicklung d. Sozialismus v. d. Utopie z. Wissenschaft. II. Das Programm der Kommunisten. III. Die Räte-Verfassung.

2 Frauen, Botenfrauen, Großen, Kleinen. haben selbst...